

R e d e
des Bundesministers für Wirtschaft
Professor Dr. Ludwig Erhard
vor dem Europäischen Parlament in Straßburg
am 20. November 1962

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn ich trotz der innenpolitischen Ereignisse in Deutschland hier bei Ihnen weile, dann mögen Sie daraus er-messen, welchen großen Wert ich diesem Kolloquium beimesse und wie wichtig ich es erachte, daß wir hinsichtlich einer frucht-baren Ausgestaltung der zweiten Phase des Gemeinsamen Marktes zu guten Lösungen gelangen. Ich brauche nicht zu betonen, daß ich nur für mich selber spreche und dabei den Geist der deut-schen Wirtschaftspolitik verdeutlichen möchte. Sie mögen es mir auch nicht verärgern, wenn ich da und dort etwas 'Skepsis' laut werden lasse, ja, im einzelnen auch Kritik übe. Ich glaube aber, daß es die Aufgabe eines Parlaments ist, echt zu debattieren, Meinungen auszutauschen, um nach Möglichkeit zu gemeinsamer besserer Erkenntnis vorzustoßen.

Ich darf weiter, um jedem Mißverständnis zu begegnen, von vornherein betonen, daß ich nicht nur -das ist selbstver-ständlich- die Ziele des Gemeinsamen Marktes, wie sie in den

Römischen Verträgen festgelegt sind, vorbehaltlos bejahe und dazu sage, daß wir mutig darangehen sollen, sie mit Leben zu erfüllen. Ich gehe in meinem Bekenntnis noch weiter und betone, daß, wenn ich zu dem Dokument der Europäischen Kommission hier Stellung nehme, ich nicht nur und in erster Linie an den Augenblick und auch nicht nur an die wirtschaftliche Integration Europas, sondern auch an die künftige politische Gestalt Europas denke. Meine Sorge ist die, daß wir durch wirtschaftspolitische Maßnahmen das politische Europa in seiner staatsrechtlichen Gestalt präjudizieren könnten. Wir sind in einer schwierigen Situation; ja, dieses Problem wäre wert, einmal ausführlich erörtert zu werden.

Wie ich schon sagte, wollen wir auf der einen Seite die Integration vorantreiben, die Wirtschaftsgemeinschaft fördern, die Verschmelzung unserer Volkswirtschaften vollziehen. Wir leben aber sozusagen zwischen den Zeiten. Für diese Periode bis zum Ende der Übergangszeit hat der Vertrag die Vollmachten für die Kommission wie auch für den Ministerrat und für das Parlament klar gesetzt. Die nationalen Minister, die im Ministerrat Sitz und Stimme haben, sind aber während dieser Zeit nicht der Verantwortungen enthoben, die ihnen aus den nationalen Verfassungen erwachsen. Sie tragen eine demokratisch-parlamentarische Verantwortung gegenüber dem Parlament und gegenüber dem Volk; die staatliche Souveränität der Mitgliedstaaten besteht fort. Das schafft für die Minister eine Schwierigkeit nicht nur zeitlicher Art, nicht nur hinsichtlich ihrer Beanspruchung, sondern auch in der Abgrenzung der Funktionen gerade dann, wenn wir bestrebt sind, den Gemeinsamen Markt weiter auszubauen. Ich bin der Meinung, daß wir nach Europa durch die offene Tür eintreten sollten und daß wir über den Verdacht erhaben sein müssen, etwa durch Verwaltungsmaßnahmen dahin gelangen zu wollen.

Ich bin überzeugt, das politische Europa, d.h. eine neue staatsrechtliche Gestalt Europas im Sinne eines föderativ gegliederten Bundesstaates wird nicht wie ein reifer Apfel vom Baume fallen, sondern wird ein ganz bewußtes politisches Wollen notwendig machen. Zu solchem Bekenntnis müssen wir uns durchringen.

Nun aber zu dem Bericht der Kommission selbst! Wenn ich das Ganze nehme, dann habe ich persönlich den Eindruck, daß in diesem Konzert die zentralistischen Zwischentöne und Nebengeräusche nicht zu überhören sind. Da ich aber kein Freund von atonaler Musik bin, stört mich das allenthalben. Wir wollen ein künftiges Europa doch nicht etwa als einen zentralistischen Staat aufbauen, sondern wir wollen, wie ich schon erwähnte, ein föderatives, möglichst reich gegliedertes Europa, in dem die einzelnen Länder und, wenn Sie wollen, die Stämme - ich brauche ja nur mein eigenes Vaterland anzusehen - noch hinreichend Gelegenheit haben, ein ihren Vorstellungen entsprechendes Eigenleben zu führen, ohne daß damit die Geschlossenheit und Einheitlichkeit des Gemeinsamen Marktes oder auch der politischen Kraft Schaden leiden müßte. Das möchte ich vorausstellen.

Was dabei die Wirtschaftspolitik im besonderen anlangt, so stimme ich völlig damit überein, daß das, was wir im Gemeinsamen Markt begonnen haben und weiter vollziehen werden, Politik im eminentesten Sinne ist. Aber es ist eben noch nicht Politik solcher Art, daß daraus schon ein staatsrechtliches Ganzes geworden ist, das alle Lebensbereiche der Völker und der Menschen einschließt. Sofern wir uns über das politische Ziel einig sind, sollten wir uns auch über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik einig werden können. Wir dürfen dann auch in der Wirtschaftspolitik keine zentralistischen Tendenzen aufkommen lassen, sondern müssen auch dort das föderative Prinzip anerkennen.

Es ist doch z.B. kein Zufall, daß die betont marktwirtschaftlich orientierten Länder wie etwa die Vereinigten Staaten, die Schweiz oder auch die Bundesrepublik, föderativ geordnet sind und daß jeder einzelne Staat darin noch sein reiches Eigenleben entfalten kann, ohne daß jemand behaupten könnte, daß diese staatlichen Gebilde damit an Wert und Leistung Schaden gelitten hätten. Das ist sozusagen mein Vorspruch!

Wir müssen, zu welchem Zeitpunkt auch immer, Europa eine staatsrechtliche Gestalt geben und dürfen nicht schon

durch die Wirtschaftspolitik eine bestimmte Formung vollziehen. Wir dürfen dem künftigen politischen Europa nicht schon einen Geist einhauchen, der nach meiner Vorstellung mit dem, was Europa auf Grund seiner Vielgliedrigkeit, seiner Geschichte, seiner Tradition frommt, nicht vereinbar ist.

Nun wollen Sie Beweise haben! Ich gebe gern zu: schlüssige Beweise sind schwer zu erbringen; denn jene Begriffe, mit denen das Dokument operiert, entbehren eines klaren Inhalts. Es scheint mir aber auch kein Zufall zu sein, daß, während in den Verträgen von Rom von einer "Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken", gesprochen wird, sich jetzt auf einmal der Begriff der "Fusion" findet, daß aus einer "engen Zusammenarbeit auf sozialpolitischem Gebiet" -und über diesen Begriff haben wir lange gerungen, weil die Vorstellung einer Harmonisierung von Anfang strittig im Raum stand- jetzt eine "vollständige und eigenständige Sozialpolitik" geworden ist. An einer anderen Stelle heißt es: von der "Koordinierung zur Zentralisierung der Entscheidungen" oder von einer "Koordinierung bis zur Vereinheitlichung".

Dann ist auch davon die Rede, daß wir die Aufgabe hätten, die nationalen Haushaltspläne mit dem der Gemeinschaft zu erstellen und daß auch über die "allgemeinen Bedingungen der Finanzierung" Übereinstimmung erzielt werden müßte. Das kann man planen, aber gewiß nicht vollbringen. Lassen Sie mich z.B. nur darauf hinweisen, daß die Bundesregierung nicht den geringsten Einfluß auf die Haushaltsgebarung der Länder innerhalb der Bundesrepublik hat. Ich kann mir darum auch nicht gut vorstellen, daß sich solche Ideen so schnell und vor allem reibungslos in die Tat umsetzen lassen.

Ich erkenne mit großem Respekt die geistige Leistung an, die die Kommission mit der Abfassung dieses Berichts erbracht hat. Denn ich weiß, es ist nicht leicht, aus Phantasie und Intuition, aus Wissen, Erfahrung und Erkenntnis ein solches Gedankengebäude zu errichten. So bin ich keineswegs geneigt, dieses Dokument im ganzen abzulehnen. Das wäre töricht genug. Aber Sie werden Verständnis dafür auf-

bringen -und das möge die Diskussion befruchten-, wenn ich weniger über das spreche, was meine volle Zustimmung findet, sondern wenn ich die kritische Sonde an den Stellen anlege, wo, gelinde gesagt, eine mehr oder minder große Skepsis in mir wach ist.

So bin ich zum Beispiel -und ich glaube, das nicht betonen zu müssen- mit dem Kapitel II über den Wettbewerb voll einverstanden. Ich sagte hierzu gestern in einer Diskussion, daß ich dieses Kapitel selber geschrieben haben könnte.

Das ist Geist von meinem Geist, und ich kann die Kommission nur ermuntern, diesen Grundsatz noch sehr viel stärker und ausgeprägter in den Vordergrund zu stellen, d.h. alles, was die Artikel 85 ff. anlangt, rasch auszubauen. In einer Marktwirtschaft stellt der Wettbewerb das wirkungsvollste Lenkungsinstrument dar, und wir sollten es festigen.

Durch den Wettbewerb wird die ökonomische und soziale Leistung nicht nur in jeder Volkswirtschaft, sondern auch in unserer Gemeinschaft gestärkt. Ein echter, freier, nicht verfälschter Wettbewerb dient auch der Erhaltung der Konjunktur, weil er die Unternehmer zwingt, durch Investitionen und andere unternehmerische Anstrengungen und Tugenden auf der Höhe der Leistung zu bleiben. Der Wettbewerb beseitigt Verzerrungen und überwindet Ungerechtigkeiten, er dient dem Fortschritt innerhalb der Gemeinschaft, und vor allem fördert er geräuschlos die notwendigen Anpassungen bzw. bleibt durch ihn die notwendige Reagibilität der Wirtschaft erhalten. Demgegenüber muten Lenkungsmaßnahmen oder planwirtschaftliche Vorstellungen anderer Art geradezu primitiv an und dünken dazu zentralistisch.

Nur stichwortartig möchte ich noch folgendes sagen:
Kapitel I: Freier Warenverkehr. Ich bin durchaus der Meinung, daß die nationalen Zollkontingente grundsätzlich verschwinden sollten, um Gemeinschaftskontingenten Raum zu geben. Aber das ist mir schon wieder zu absolutistisch. Ich will Ihnen aber sagen, an was ich dabei denke. Wenn wir z.B. in Deutschland, die wir unter stark steigenden Baukosten leiden, den Wunsch haben, möglichst schnell das Preisniveau herunterzudrücken, um

einen besseren Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herbeizuführen, und wenn ich dazu persönlich sage, daß ich bei diesem Vorhaben auch nicht die einschlägige deutsche Industrie schützen möchte - auch sie muß zu höchster Leistung gebracht werden und muß im Wettbewerb mit der übrigen Welt bestehen-, dann kann man von mir kaum verlangen, daß ich es etwa mit Rücksicht auf französische oder holländische Fertighäuser glücklich finde, wenn man den deutschen Erwerber zu ganz bestimmten Typen hin zwingen oder umgekehrt bestrafen wollte, wenn er ein Fertighaus anderer Gattung, das seinem Geschmack besser entspricht, zu kaufen wünscht. Aber das sind noch nebengeordnete Fragen, die ich in diesem Zusammenhang nicht zu vertiefen brauche.

Wichtig scheint mir -um es noch einmal zu sagen- die Erkenntnis zu sein, daß man nur schlecht zwei Ordnungssysteme nebeneinander stellen kann. Man kann nicht auf der einen Seite Wettbewerb und auf der anderen Seite Planung, Planifikation oder Programmierung haben wollen. Sie können rechnerische Vorstellungen so sachte und so gelinde umschreiben, wie Sie nur wollen -im letzten Grunde paßt das nicht zusammen, und das auch dann nicht, wenn die Planungsverbindlichkeit ausdrücklich ausgeschlossen sein soll.

Damit komme ich zur Agrarpolitik!

Ich will mich auch hier sehr kurz fassen. In dem Bericht spürt man direkt etwas von Stolz und Befriedigung darüber, daß in der zweiten Phase die Marktordnung so weit vorangetrieben werden soll, daß 90 % aller Agrärprodukte solcherart gebunden werden. Wir lesen da, daß Reis, Zucker, Kartoffeln, Öle, Fette -dazu gehört auch Margarine-, Äthylalkohol, Tabak und nicht eßbare Gartenerzeugnisse -also Blumen wahrscheinlich- künftig in die Marktordnung einbezogen werden sollen. Nun, der eine mag sich darüber freuen, aber wenn Sie mich fragen, dann scheint mir dieser Perfektionismus etwas zu weit zu gehen, und zwar aus der Befürchtung heraus, daß wir gegenüber dritten Ländern immer mehr ins Gedränge geraten und daß dann ungewollt die Frucht dieser

Anstrengungen in einem Protektionismus nach außen Niederschlag findet. Daß ich das nicht wünsche, das ist wohl deutlich genug.

Ich hätte überhaupt in diesem Bericht gern etwas mehr über die Gestaltung unserer Handelspolitik, insbesondere unserer Zollpolitik, gegenüber Drittländern gehört. Denn wir wissen alle schon etwas davon, daß von außen her gesehen die EWG sich eben nicht nur in glänzenden Farben darstellt, sondern umgekehrt manche bedenkliche Reflexionen auftreten, die wir beachten müssen, weil wir, die Gemeinschaft, ja doch kein absoluter Wert in uns selbst sind, sondern ein Teil, ein mächtiger und gesunder Teil der freien Welt sein wollen.

Zum Kapitel "Sozialpolitik" ist -das sagte ich vorhin schon- zu erwähnen, daß wir lange darum gerungen haben, ob wir zu einer "Harmonisierung" oder nur zu einer "engen Zusammenarbeit" kommen müssen. Wir sind seinerzeit zu der Überzeugung gelangt, daß die enge Zusammenarbeit der europäischen Situation sehr viel mehr gemäß ist, ja, am Anbeginn der Integration überhaupt die einzig mögliche Lösung bedeuten konnte. Denn die Harmonisierung, die sich mit zunehmender Integration gewiß mehr und mehr vollziehen wird, kann, so möchte ich sagen, nicht am Anfang, sondern nur am Ende einer Entwicklung stehen.

Was sich die Völker und die Nationen im Zuge des Abbaus des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles auf sozialpolitischem Gebiet leisten können, das wird das Ergebnis des wirtschaftlichen Fortschritts, der Produktivität, der Stärke der Gemeinschaft in Ansehung eines weltweiten Wettbewerbs sein.

Es wäre von Schaden, wenn wir etwa den Versuch unternehmen wollten, auf dem Gebiet der Sozialpolitik die Maximalleistungen, die jeweils von einem Lande auf diesem oder anderem Gebiet getätigt werden, aneinanderzufügen, sozusagen zu addieren. Wir kämen in diesem Fall zweifellos zu einer Kostenbelastung, die unsere Wettbewerbsfähigkeit wesentlich schmälern müßte. Auch in dieser Beziehung wäre ich wieder besorgt, daß man aus solcher Zwangslage dann noch einmal zu Abschirmungen gegenüber Dritten schreiten müßte, um eben dieses so gewählte System aufrechterhalten zu können.

Jetzt aber komme ich zu dem Hauptanliegen, nämlich zu Kapitel VII "Wirtschaftspolitik". Herr Präsident, meine Damen und Herren: Ich bin zu einer kurzfristigen Vorausschau grundsätzlich bereit. Mit auf meine Initiative hin haben wir uns in der Bundesrepublik jetzt dahin zusammengefunden -und zwar über alle Parteien hinweg-, daß ein Gutachtergremium geschaffen werden soll, das mit hoher Autorität und hohem Rang und unbeeinflusst von der Parteien Gunst eine Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Situation vornimmt und prüft, wie sich in einem überschaubaren oder mindestens abschätzbaren Zeitraum die wirtschaftliche Entwicklung vollziehen wird oder vollziehen sollte.

Auf Grund dieses völlig neutralen, nicht gefärbten, nicht zweckhaften Gutachtens wird dann die Bundesregierung einen Wirtschaftsbericht erstellen, in dem gewisse wirtschaftspolitische Konsequenzen gezogen oder Vorschläge gemacht werden, auf Grund deren dann das Parlament darüber zu befinden hat, welche legislativen Maßnahmen sich daran anschließen sollen oder müssen. Ob Sie einen Wirtschaftsbericht dieser Art "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung" oder "Nationalbudget" nennen, soll mir gleich sein. Jedenfalls würde ich mich freuen, wenn ich nach einem Jahr hier vor Ihnen bekennen könnte, daß diese auf ein Jahr vorausschauende volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auch tatsächlich in etwa eingehalten worden ist.

Was setzt diese volkswirtschaftliche Gesamtrechnung denn voraus? Wir müssen Entscheidungen treffen über den Bedarf des Staates, über seine Ausgaben, sei es für Investitionen, sei es für soziale Anliegen, sei es für Verteidigung, für die Sicherheit, für den Wohnungsbau oder was auch immer. Dann kommt der große Bereich der privaten Investitionen. Es ist schon sehr schwer, zu bestimmen, "was" hier "notwendig" ist; aber fragen Sie um Gottes willen nicht, "wo" es notwendig ist; denn dort beginnt aus meiner Sicht das höchst fragwürdige Zuviel einer Planung.

Dann haben wir über den großen Bereich des privaten Verbrauchs zu befinden, und dabei sind entscheidend die Vereinbarungen der Sozialpartner angesprochen.

Und um Ihnen mein ganzes Herz auszuschütten: Ich bin noch keineswegs sicher, ob die Parlamente und Fraktionen bereit sind, sich an Haushaltsansätze dieser Art zu halten. Werden sie nicht vielmehr -aus welchen Gründen auch immer, aus bestimmten sozialen Vorstellungen oder vermeintlichen Notwendigkeiten- dieses Gefüge sprengen wollen? Daneben sollen wir die Autonomie erhalten. Ist das aber noch möglich, wenn sich etwa in der Vorstellung dieses oder jenes Sozialpartners die nüchterne Rechnung mit politischen Vorstellungen wie etwa im Sinne einer Andersverteilung des Volkseinkommens oder sogar im Sinne einer gewollten Anders- oder Neuverteilung des Vermögens vermengt? Diese Rechnung kann nicht aufgehen.

Trotzdem werden wir eine solche Analyse vornehmen, und ich hoffe, wie gesagt, daß auf Grund noch besserer Information und eines noch lückenloseren Zahlenmaterials die Bereitschaft zur Einigung und der gute Wille zur Verständigung geweckt werden wird.

Nun aber kommen wir zu den mittel- bzw. langfristigen Programmen -der Programmierung oder Planifikation- wie immer Sie es nennen wollen. Lassen Sie mich zuerst sagen, daß in der sozialen Marktwirtschaft das Denken keineswegs verboten ist. Auch in der Bundesrepublik waren wir immer bestrebt, so gut es eben ein Mensch vermag, Vorsorge zu treffen und Vorausschau zu üben. Aber wir haben uns nie eingebildet, daß man auf längere Sicht das lebendige Leben in Zahlen einfangen könnte. Das Verhalten der Menschen -und das ist das Entscheidende- stellt eine "Qualität" dar, gleichgültig, ob Sie den Unternehmer oder den Händler und wen auch immer bis zum letzten Konsumenten betrachten. "Qualitäten" solcher Gattung sind aber naturgemäß nicht quantifizierbar, und darum ist jeder solche Versuch nach meiner festen Überzeugung von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Ich glaube, daß ich mich hinsichtlich der Aussage über die "ständige Präsenz des Staates in der Wirtschaft" mit Präsident Hallstein in etwa geeinigt habe oder daß wir uns doch in unseren Meinungen nähergekommen sind. Präsident Hallstein hat wohl mehr in juristischen, ich mehr in volkswirtschaftlichen Kategorien gedacht. (Diese Annahme hat sich allerdings als irrig erwiesen.)

Sie werden es verstehen, daß ich mich gerade in den wirtschaftspolitischen Fragen besonders stark angesprochen fühle, denn ich habe ja schließlich ein Programm zu vertreten, -das Programm nämlich, mit dem wir Deutschland aus Schutt und Trümmern aufgebaut haben. Ich bin gewiß nicht mit mittel- und langfristigen Programmen an diese Aufgabe herangetreten, sondern ich habe in der Konstituierung einer freien Ökonomie über das Instrument freier Preisbildung und besonders über die Belebung des Wettbewerbs alle Kräfte entfesselt und auf diese Weise Sorge getragen, daß sich die Wirtschaft den jeweiligen Gegebenheiten so schnell wie möglich anpassen konnte. Das allein hat die richtigen und raschen Reaktionen von seiten der in der Wirtschaft handelnden Menschen ausgelöst.

Ich will die Problematik hier nicht vertiefen, aber erlauben Sie mir doch, wenigstens ein Beispiel zu bringen; - es ist immerhin ein interessantes Beispiel. Als ich mein Amt vor der Währungsreform antrat, lagen Stöße von Statistiken und Errechnungen vor, die sicherlich von tüchtigen Leuten angefertigt wurden und im einzelnen kaum zu widerlegen waren. Sie beschäftigten sich z.B. mit der deutschen Devisenbilanz, d.h. der mutmaßlichen Devisenverfügbarkeit, dem möglichen Rohstoffeinsatz, der Kapitaldarbietung unserer Volkswirtschaft, der Entwicklung des deutschen Außenhandels und dergleichen mehr. Der deutsche Wiederaufbau indessen hätte niemals vollzogen werden können, wenn entgegen dieser Zahlengläubigkeit nicht das Vertrauen in die dynamische Kraft der freien Entfaltung, des Arbeitswillens und die Initiative aller Menschen das Wirtschafts-

leben beseelt hätte. Aber ich will hier kein Lob für Deutschland ernten; ich möchte nur deutlich machen, wie problematisch diese Dinge sind.

Aber lassen Sie mich nun ein Beispiel bringen, das wir alle miterlebt, an dem wir alle mitgearbeitet haben! Erinnern Sie sich noch an die Eröffnung des Marshall-Plans, als wir innerhalb der OEEC zusammensaßen und uns drei bis vier Jahre lang vergeblich bemühten, sogenannte "long term-Programme" aufzustellen? Jede einzelne Volkswirtschaft war damit beschäftigt, und aller Witz und Scharfsinn sind aufgewandt worden, um in diesem Bemühen so gut wie möglich zu bestehen. Tatsächlich aber ist nicht ein einziges long term-Programm erfüllt worden; diese Rechnungen sind nie aufgegangen. Erst dann, als man eine völlig andere Methode anwandte - Liberalisierung des Außenhandels, Senkung der Zölle, wirtschafts- und finanzpolitische Ordnung-, konnte der Marshall-Plan fruchtbar werden. Sie wissen alle, wie wir über die Dollarknappheit stöhnten und der Meinung waren, daß das eine ewige europäische Krankheit bleiben würde. Darf ich weiter anführen, wie lange wir uns Sorge machten, daß die Energielücke in Europa kaum zu schließen sein würde.

Ich bin darum auch nicht der Meinung, daß man aus der Zusammenfassung von noch so sorgfältig aufgestellten nationalen Einzelplänen innerhalb Europas einen Blick für das Ganze gewinnen und feststellen könnte, was uns allen fromt. Es würde ein sehr schwieriges Unterfangen sein, uns auf dieser Ebene verständigen zu wollen. Man kann solche "Programmierungen" ja nicht etwa zusammenzählen, so wenig man aus den einzelnen Daten ein arithmetisches Mittel ziehen kann.

Dazu muß ich noch folgendes sagen: Wenn ich schon an die Wahrheit von solchen Vorausschauungen glaubte, dann hätte ich auch den Mut, auf der Verwirklichung der Pläne zu bestehen. Im Grunde genommen bedeutet die bloße Verkündung so etwas wie die Angst vor der eigenen Courage. Man weiß, daß sich Planvorstellungen quantitativer Art noch nie erfüllt haben. Gerade aber weil man das weiß, sagt man gleich von vornherein: Ich

bin zwar der Meinung, daß dies oder das so kommen wird, aber es muß mir beileibe niemand folgen. Ich aber habe indessen noch keine Planungsbehörde gesehen -ich sage das ohne Kritik, vor allen Dingen auch ohne Hohn-, die nicht den ehrlichen Willen gehabt hätte -und den muß sie doch schließlich haben-, ihren Plan vollzogen zu wissen. Jeder glaubt doch an seine eigene Arbeit und ist überzeugt, daß sie notwendig und nützlich ist, denn sonst wäre alles Scharlatanerie.

Was soll nun aber daraus werden? In dem Bericht steht zwar hinsichtlich der langfristigen Planung, sie sei "unerlässlich", "notwendig" und dergleichen mehr. Wenn Sie diese Wünsche und Forderungen zusammenfügen, müssen Sie nach dem Bericht zu der Erkenntnis kommen: Man kann ohne langfristigen Plan bzw. ohne Programmierung überhaupt keine sinnvolle Wirtschaft gestalten.

Nehmen wir aber einmal theoretisch an, daß sich die Sechs auf irgendeine Planvorstellung einigen könnten. Die einzelnen Nationen bzw. Volkswirtschaften würden trotzdem hinsichtlich der Durchführung und noch mehr hinsichtlich der Größenordnung doch unterschiedlicher Auffassung sein. Vor allem ist doch eine Einflußnahme des Staates auf die Wirtschaft bzw. auch das Gewicht des Staates innerhalb der Wirtschaft in den Ländern unserer Gemeinschaft völlig unterschiedlich. Dem einen Land sind Instrumente an die Hand gegeben, um einen vorgelegten Plan auch durchsetzen zu können. Die Bundesrepublik verfügt zum Beispiel über keinen direkten Einfluß auf die Geld- und Kreditgebarung der Banken. Das schafft indessen erhebliche Unterschiede. Wenn man den aufgezeigten Boden beschreiten würde, würde allein dieser Umstand zu erheblichen Schwierigkeiten, ja sogar Spannungen führen.

Ich bin meiner Sache sicher -lassen Sie mich das ganz deutlich sagen-, daß diese planwirtschaftlichen oder rechenhaften Vorstellungen, auch wenn sie nur Orientierungspunkte setzen sollen, entweder dem Leben hinterherlaufen oder ihm

Gewalt antun. Darum gilt es, den Anfängen zu wehren.

Wie viele und welche Möglichkeiten der Begünstigung gibt es doch in den einzelnen Ländern -im einzelnen auch wieder unterschiedlich-, um die Gläubigen und Folgsamen entsprechend zu belohnen. Ich habe es schon gesagt, daß nach meiner Erfahrung bei einer solchen Methode die großen Unternehmungen sehr viel besser gedeihen werden als die Vielzahl der kleineren und mittleren Unternehmen. Darauf ist mir geantwortet worden, die Großunternehmungen hätten ja ihre eigenen Planungsbüros. Das aber ist doch etwas ganz anderes, denn diese planen sozusagen auf eigene Gefahr, auf eigenes Risiko. Die "Großen" verfügen dazu über viel weiter reichende Möglichkeiten der Kreditaufnahme, ja sie können Geld auch im Ausland aufnehmen und vieles andere mehr. Das kleinere Unternehmen dagegen denkt naturgemäß in engeren Kategorien und im Regelfall bewegt es sich auch in engeren Räumen. Dort spielen zum Beispiel die Fragen der Liquidität eine ganz andere Rolle. Eine aus dem Plan sich ergebende Notwendigkeit zur Expansion wäre bei den kleineren Unternehmen sehr viel schwieriger zu verwirklichen als das bei Großunternehmen der Fall ist.

Was wir brauchen, ist meiner Ansicht nach nicht ein Planungsprogramm, sondern ein Ordnungsprogramm. Es macht übrigens einen großen Unterschied aus, ob ein einzelner Unternehmer glaubt, in einer spezifischen Form der Vorausschau die Entwicklung des Marktes besser beurteilen zu können oder ob der Staat von sich aus über das Instrumentarium der Wirtschaftspolitik hinaus die Entscheidungen der Unternehmungen unmittelbar zu beeinflussen sucht. Das vollzieht sich auf völlig unterschiedlichen Ebenen mit ganz unterschiedlicher Folgewirkung. Jede Verwechslung kann hier nur Schaden stiften. Je mehr wir planwirtschaftliche Elemente in die Wirtschaftspolitik hincintragen, um so mehr werden wir zwangsläufig dahin kommen, daß nicht mehr die berufenen Organe der Gemeinschaft und nicht mehr die politisch verantwortlichen Regierungen bzw. der Ministerrat die eigentliche Wirtschaftspolitik bestimmen, sondern es wird diese immer von einer Behördenapparatur besorgt

werden. Das scheint mir immerhin auch ein Einwand zu sein, dessen Berechtigung nicht ohne weiteres abgestritten werden kann.

Über die Währungspolitik brauche ich hier nichts zu sagen. In dieser Frage ist man sich ja noch nicht einmal auf der wissenschaftlichen Ebene einig, welchen Weg man einschlagen soll, um zu einer Stärkung der intervalutaren Ordnung zu kommen. Solange das aber noch unklar ist, wird es sehr schwer sein, sich im Rahmen der Sechs auf eine vorschnelle Lösung zu einigen. Dabei ist auch zu bedenken, daß der Begriff der Konvertierbarkeit nur schwer eine regionale Begrenzung zuläßt.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich darf nochmals sagen: Seien Sie überzeugt, daß mich eine echte Sorge sprechen läßt, nicht die Lust an der Kritik, vor allen Dingen auch nicht die Absicht, die europäische Integration und die Verschmelzung unserer Volkswirtschaften auch nur einen Tag anzuhalten. Sie finden mich zu allem bereit, was auf freiheitlichem Wege möglich ist und angewandt werden soll, um das Ziel so schnell wie möglich zu erreichen; das heißt über die wirtschaftliche Integration auch dem hohen Ziel einer politischen föderativen Gestaltung Europas näherzukommen. Es ist zwangsläufig, daß, wenn man sich auf die Ebene der Planifizierung oder Programmierung begibt und sich in solche rechenhaften Vorstellungen verstrickt, die materiellen Fakten und Elemente immer stärker in den Vordergrund rücken. Damit wächst die Gefahr, daß der "Mensch" zu kurz kommt, denn ihn können Sie nicht rechenhaft erfassen.

Dabei denke ich daran, was uns auch bei einer "normalen" Entwicklung -normal muß ich hier in Anführungszeichen setzen- an möglichen Ereignissen begegnen mag. Unsere Umwelt wandelt sich fortdauernd, und aus dem engeren Zusammenschluß Europas werden sich noch einmal Veränderungen ergeben. Ich denke auch daran, daß die Menschen noch nicht zur inneren Ruhe und Zufriedenheit gefunden haben,

so daß wir möglicherweise vor wesentlichen Änderungen menschlichen Verhaltens stehen. Das ist alles nicht abzusehen. Wer will denn ermessen können, wohin sich die Sehnsucht der Menschen morgen richten wird und welche wirtschaftlichen Auswirkungen sich daraus ergeben. In meinen Augen -und das ist der Inhalt meiner Politik- ist die Wirtschaft nicht Selbstzweck, sondern sie hat eine dienende Funktion für den Menschen, für ein Volk und auch für eine Völkerfamilie, die wir innerhalb unserer Gemeinschaft sein wollen.